

AKTUELL

LANDESPLANUNG

2.586 km²

Richard Graf

Drei Orientierungsdebatten am Ende der Legislaturperiode. Die Opposition zweifelt, ob die Regierung weiß, was sie will.

Orientierungsdebatten führt die Chamber auf Ersuchen der Regierung. Dieses kann ergehen, wenn sich neue Problemfelder auftun oder wenn unerwartete Umstände eine neue Sicht der Dinge in einem bestimmten Politikbereich erfordern. Orientierungsdebatten sind auch sinnvoll am Beginn einer Legislaturperiode, wenn eine Regierung sich in ergebnisoffenen Politikbereichen erst zurechtfinden muss.

Auf die drei jüngsten Orientierungsdebatten zur Wohnsituation, zur Landesplanung und zum Mobilitätskonzept trifft keine dieser Voraussetzungen zu: Es sind Leib- und Magenthemen dieser Regierung, die auch Bestandteil des Koalitionsabkommens waren. Und der Zeitpunkt der Debatten, lässt sicherlich keinen Raum für eine Um- oder Neuorientierung.

600.000 Einwohner*innen

Für den späten Zeitpunkt ist aber nicht ausschließlich die Regierung verantwortlich zu machen, betonte Landesplanungsmister François Bausch am Mittwoch. Die Orientierungsdebatten wurden aufgrund einer Zusage, im Anschluss an die letzte Debatte zur Lage der Nation, angesetzt. Es sei wichtig, die großen Herausforderungen der Landesplanung, die sich aus den nackten Zahlen herauslesen lassen, zur Diskussion zu stellen: Es entstehen alljährlich 10.000 neue Arbeitsplätze. Viele von ihnen werden von Frontaliers besetzt - was die Mobilitätsprobleme weiter verschärft. Es ziehen aber auch immer mehr Menschen nach Luxemburg, wodurch die Zeitspanne, in der die Bevölkerung um jeweils 100.000 Personen wächst, immer kürzer wird. Derzeit beträgt sie sieben Jahre. Dabei bleibt die verfügbare Fläche mit 2.586 Quadratkilometern unverändert.

„Willkommen in der Realität“, meinte denn auch der mandatierte Sprecher der CSV, Michel Wolter, als er nach dem Minister eine gute Stunde lang versuchte, einen Keil zwischen diesen, die Umweltministerin Carole Dieschbourg und vor allem den Staatssekretär im Nachhaltigkeitsministerium, Camille Gira, zu treiben.

Er erkannte dabei die besonderen Schwierigkeiten an, vor denen die Landesplanung besonders in Luxemburg

steht. Aus leidvoller Erfahrung: Als Innen- und Landesplanungsmister hatte er vor 15 Jahren das IVL-Projekt angestoßen und damit einen ersten Versuch gemacht, die Fehlentwicklung des Landes in den Griff zu bekommen. Politisch wurde er dafür abgestraft und war in der Folgerregierung „auf eigenen Wunsch“ nicht mehr vertreten. Er wurde kommunalpolitisch aktiv, was ihn insofern mit Genugtuung erfüllt, da er „als Bürgermeister die Realisierung der Projekte, die er anstößt, noch als Amtsinhaber miterleben kann“.

Allerdings waren die Ressentiments, die er offenbar immer noch verspürt, aus jedem zweiten Satz herauszuhören. Er erinnerte an die Debatten, bei denen die jetzigen Amtsinhaber*innen, damals in der Opposition, nicht mit Kritik an der angeblichen Trägheit und Unentschlossenheit des seinerzeitigen Amtsinhabers sparten. Allerdings ist die aktuelle Koalition nicht einmal fünf Jahre im Amt. Die CSV dagegen hatte bis zu Wolters Amtsantritt das Innenministerium, das in Sachen Landesplanung federführend Innenministerium Jahrzehnte lang in Besitz.

In der Debatte verlief die eigentliche Konfliktlinie allerdings nicht zwischen CSV und Grünen. Divergenzen taten sich vielmehr in der Frage des Gegensatzes zwischen öffentlichem (also auch landesplanerischem) Interesse und dem sakrosankten Privatbesitz auf.

Die DP (quasi unisono mit der ADR, wie der Redner der Linken, Marc Baum, feststellte) sperrt sich weiterhin gegen einen Ausbau der Enteignungsinstrumentarien. Grüne und LSAP wollen die Pflichten, die aus dem Eigentum erwachsen (das in bestimmten Fällen dem Gemeininteresse unterzuordnen ist), in der Verfassung verankert sehen.

Die CSV spricht sibyllinisch davon, dass die Maßnahme der Enteignung in diesem Kontext „Ausnahme“ bleiben soll. Allerdings hat niemand die Absicht, Enteignungen zur Regel zu machen, und es herrscht allgemeiner Konsens, dass sie gerecht kompensiert werden müssen. Doch die aktuelle Rechtslage (und entsprechende Urteile) haben sich als das große Hemmnis in Sachen Landesplanung erwiesen.

Wie sich die CSV letztendlich entscheiden wird, hängt dann wohl vom nächsten Regierungspartner ab. Insofern war die Orientierungsdebatte vielleicht doch nicht ganz unnütz.

SHORT NEWS

Unité de psychiatrie ambulatoire

(fb) - En novembre 2017, la ministre de la Famille et de l'Intégration, Corinne Cahen, avait annoncé l'ouverture en 2018 d'une structure pour les demandeur-euse-s de protection internationale (DPI) gravement traumatisé-e-s. Un premier projet prévoyait l'accueil des personnes concernées dans une structure appartenant à l'Olai situé à Luxembourg-Mühlenbach et la prise en charge des réfugié-e-s traumatisé-e-s au Centre hospitalier neuro-psychiatrique « moyennant convention ». Comme il ressort d'une réponse à une question parlementaire du CSV, le groupe de travail chargé du pilotage du projet a proposé depuis d'orienter les personnes concernées dans des structures existantes de la psychiatrie conventionnée extrahospitalière. Le gouvernement évoque notamment des consultations avec la Ligue (Ligue luxembourgeoise d'hygiène mentale) et l'asbl Liewen Dobaussen, qui offriraient douze places dans le cadre de logements psychiatriquement encadrés: huit places offertes par la Ligue dans le Centre et quatre par Liewen Dobaussen dans le Nord. Le projet actuel partirait en outre du principe de renforcer les offres de prise en charge ambulatoire dans tous les foyers indépendamment des phases d'accueil. Le gouvernement souligne que les équipes impliquées devront être formées en ethnopsychiatrie ou transculturalité et qu'une grande importance sera accordée à l'interprétariat. Actuellement, les DPI vulnérables sont identifié-e-s par les équipes encadrantes des structures d'hébergement, l'équipe ethnopsychologique de la Croix-Rouge, l'assistant-e social-e de l'Olai ainsi que lors des contrôles sanitaires par les agents de la Direction de l'immigration ou sur demande de la personne vulnérable elle-même, précise le gouvernement.

Sektorpläne im Endspurt

(rg) - Im Rahmen der Orientierungsdebatte zur Landesplanung (siehe nebenstehend) kündigte Nachhaltigkeitsminister François Bausch an, er werde die „plans sectoriels“ am 27. April dem Regierungsrat zur Verabschiedung vorlegen. Um keine Spekulations(ver-)käufe auszulösen, bleiben die übergeordneten Pläne für Transport, Wohnen, Landschaftsgestaltung und Gewerbeaktivitäten in der Endphase, bis zur Verabschiedung, unter Verschluss. Das war allerdings nicht nach dem Gusto einiger Debattenteilnehmer*innen, die das Gefühl hatten, so ins Blaue hinein zu diskutieren. Der Minister gab aber einige Eckdaten bekannt: So werden zusätzlich 474 Hektar Land für Gewerbebezonen und 508 Hektar für Wohnungsbau zur Verfügung gestellt. Insgesamt 81 Infrastrukturen für Transportprojekte wurden eingetragen sowie 48 „coupures vertes“, die wie eine Art Korridor intensiver genutzte Gebiete abtrennen. Insgesamt sollen die Pläne verschlankt worden sein, um den Gerichtsurteilen Rechnung zu tragen, die 2014 zur Zurückziehung der Pläne geführt hatten. CSV-Sprecher Michel Wolter äußerte den Verdacht, das betreffe auch die „projets d'envergure“ im Wohnungsbaubereich - was ihn sehr wütend machen würde. Ab dem 27. Mai gehen die Pläne für einen Monat in die öffentliche Konsultationsphase. Auch wenn die Regierung die Pläne selber nicht mehr umsetzen kann, verspricht Bausch, seinem Nachfolger erledigte Hausaufgaben zu hinterlassen.

Betreuung verhaltensauffälliger Kinder

(tj) - Verhaltensauffälligen Schüler*innen sollen künftig mehr Hilfsstrukturen zur Verfügung stehen. „Manche Schüler tun der Schule nicht gut, und diese wiederum den Schülern nicht“, so Bildungsminister Claude Meisch am Mittwoch auf einer Pressekonferenz. Gemeint sind damit Schüler*innen, die aufgrund schwierigen Verhaltens den regulären Unterricht systematisch stören und denen mit üblichen Maßnahmen nicht geholfen werden kann. Zum Schulanfang 2018 sollen deshalb in sogenannten Centres de prise en charge socio-éducative intense 40 bis 50 zusätzliche Therapieplätze geschaffen werden. Hier sollen betroffene Schüler*innen je nach Bedarf ambulatorische oder ganztägige Hilfe durch spezialisiertes Personal erhalten. Ziel ist in jedem Fall, das Kind nach einer Stabilisierung wieder so schnell wie möglich in die Regelschule zu integrieren. Neben der Betreuung, bieten die Intensiv-Therapiezentren ebenfalls Beratungen für Eltern und Lehrkräfte an. Besonders schwierige Fälle werden an eines der drei psychotherapeutischen Zentren vermittelt. Die ersten Intensiv-Therapiezentren sollen im Herbst betriebsbereit sein. Die Maßnahme ist ein weiterer Aspekt des Inklusionskonzepts des Bildungsministeriums (woxx 1429).